

**Leitlinien '04 '09
für Gladbeck**

MEHR GRÜN, MEHR MITSPRACHE

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Stadtverband Gladbeck
Rentforter Str. 43a
45964 Gladbeck

Tel.: 0 20 43 / 2 54 12
Fax.: 0 20 43 / 21 77 6
info@gruene-gladbeck.de
www.gruene-gladbeck.de



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Stadtverband Gladbeck
Rentforter Straße 43a
D-45964 Gladbeck

Juli 2004
www.gruene-gladbeck.de



THEODOR SCHULTE

**10 Jahre Erfahrung
als stellv. Bürgermeister**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

www.gruene-quadbeck.de



Inhaltsangabe

Vorwort	4
Kinder fördern, Jugend bilden, Familien unterstützen!	5
Gemeinsam wirtschaften und Arbeit aktivieren!	10
Eine Stadt mit Wohlfühlcharakter entwickeln!	15
Grüne Mobilitätsgarantie für Fußgänger, Radfahrer und Fahrgäste!	18
Umwelt und Tiere schützen – Verbraucherrechte stärken!	21
Mit Energie wirtschaften!	24
Soziale Gerechtigkeit und Gesundheit gewährleisten!	26
Mit kultureller Vielfalt werben!	29
Sport und Bewegung fördern!	31
Integrieren statt dulden!	36
Demokratie vor Ort wachsen lassen!	38
Verwaltung modernisieren!	40

Die Leitlinien unserer Politik

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,



Eva-Maria Stuckel
Stadtverbandssprecherin



Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher

mit den nachfolgenden Ausführungen wollen wir Ihnen einen umfangreichen Überblick über die Ziele und Positionen verschaffen, für die wir uns in den kommenden Jahren einsetzen werden. Wir stehen dabei für eine sozial gerechte, ökologische und nachhaltige Politik: Wir wollen das familienfreundliche Profil von Gladbeck mit der weiteren Modernisierung unserer Kindergarten- und Schullandschaft ausbauen. Gladbecker Wohngebiete sollen Kindern Platz zum Toben und Spielen bieten und jungen Familien über geringe Baulandpreise die Möglichkeit zur Eigenheimbildung eröffnen. Ältere und behinderte Menschen sollen aktiv am Lebensalltag in unserer Stadt teilhaben können. Die Stabilisierung und Förderung der Wirtschaft sowie die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen bleiben eine zentrale Herausforderung der kommunalen Politik. Existenzgründern wollen wir zur Seite stehen und Bürokratie in Antrags- und Verwaltungsprozessen abbauen. Die fortlaufende Erneuerung der Innenstadt wird die Attraktivi-

tät unseres Einzelhandelszentrums weiter stärken. Auch den bereits bewährten Umbau unserer Hauptverkehrsstraßen zu ansprechenden Alleen werden wir fortsetzen. Die Sicherheit und den Komfort von Fußgängern und Radfahrern stellen wir dabei in den Vordergrund. Bei Bus und Bahn sorgen wir für verlässliche Takte. Das Erreichte in den Bereichen Bildung, Sport und Kultur wollen wir sichern und ausbauen. Hierzu werden wir verstärkt auf das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern angewiesen sein.

Diesen kurzen Abriss unserer politischen Zielsetzungen werden wir auf den nachfolgenden Seiten ausführlich erläutern und ergänzen. Unsere Leitlinien werden den Rahmen unserer Ratsarbeit für die kommende Legislaturperiode bilden. Dabei freuen wir uns über Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

Ihre
Eva-Maria Stuckel
Stadtverbandssprecherin

Ihr
Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher

Dienstbetrieb erlaubt. Damit sollen zum einen flexible Arbeitsmodelle angeboten werden. Zum anderen soll Telearbeit auch zur Haushaltsentlastung beitragen, indem weniger Büroraum vorgehalten werden muss.

→ Auch **Teilzeitarbeit** und die Halbierung von ganzen Stellen wollen wir weiter unterstützen. Anders als in der Vergangenheit soll bei der Aufteilung von Stellen aber parallele Arbeitszeit (sprich beide Teilzeitkräfte kommen vormittags) vermieden werden. Hierzu sind die Kinderbetreuungsangebote in den nächsten Jahren weiter auszubauen.

→ Wir werden uns der schwierigen finanziellen Lage, in der sich unsere Stadt befindet, stellen. Hierzu bedarf es eines noch stärkeren Bewusstseins von Politik und Verwaltung für einen sparsamen, verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Ein **ausgeglichener kommunaler Haushalt** und stetige, verlässliche Einnahmen sind die Grundvoraussetzung für die kommunale Selbständigkeit. Wir werden uns daher für eine konsequente Haushaltskonsolidierung einsetzen. Dabei bauen wir auch auf das Enga-

gement und auf Verbesserungsvorschläge der Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter.

→ Durch die Teilnahme an Vergleichsringen wollen wir uns **dem interkommunalen Wettbewerb stellen** und die Leistungen der Verwaltung auf den Prüfstand stellen. Wiederholt wird die Stadtbücherei z.B. in ihrer Arbeit durch diesen Vergleich bestätigt. Das verschafft den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die verdiente Anerkennung. Vergleichsringe bieten natürlich auch die Chance, weitere Potenziale für eine effizientere Gestaltung des kommunalen Leistungsangebotes zu erschließen.



Ein ausgeglichener Haushalt und stetige, verlässliche Einnahmen sind Grundvoraussetzungen für die kommunale Selbständigkeit.

Wir wollen die Verwaltung weiter zum bürgerfreundlichen Servicedienstleister umbauen.

Verwaltung modernisieren!

→ Kurzfristig wollen wir ein **zentrales Beschwerdemanagement** installieren, mit dem Bürgerinnen und Bürger eine Antwort auf Anfragen und Beschwerden kurzfristig garantiert werden kann.

→ Wir werden die Verwaltung weiter von der Behörde zum **bürgerfreundlichen Servicedienstleister** umbauen. Das Bürgeramt wird insbesondere mit dem Neubau des Verwaltungsgebäudes weiter an Bedeutung gewinnen und Empfangscharakter für alle Bürgeranliegen gewinnen. Abseits des Verwaltungsgeschäftes kann Service beispielsweise auch bedeuten, Eltern einen Wickeltisch anzubieten oder für Kinder Spielbereiche vorzuhalten.

→ Verwaltungsprozesse wollen wir vereinfachen und beschleunigen. Ähnlich wie auf Bundes- und Landesebene fordern wir auch für Gladbeck einen **kommunalen Bürokratleabbau**.

Hierarchien werden wir abflachen und die Eigenverantwortung der einzelnen Mitarbeiter stärken. Hierzu setzen wir auch auf den verstärkten **Einsatz Neuer Medien**. Anträge und Behördengänge sollen per Internet abgewickelt werden können. Beteiligungsverfahren innerhalb der Verwaltung sollen digitalisiert werden (z.B. Bauanträge).

→ Als Baustein der Verwaltungsmodernisierung wollen wir den **Aufbau eines kommunalen Gebäude- und Immobilienmanagements** prüfen, um damit die derzeitige „Zersplitterung der Zuständigkeiten“ aufzuheben. Dies kann u.U. in der Ausgliederung als Eigenbetrieb oder als Gesellschaft münden. In diesem Zusammenhang werden wir prüfen, ob die Einrichtung eines kommunalen Immobilienfonds zur Freilegung der in den Gebäuden gebundenen Mittel sowie zur Beteiligung der Bürger am städtischen Vermögen möglich und wirtschaftlich ist.

→ Wir wollen VerwaltungsmitarbeiterInnen die Möglichkeit geben, **Heimarbeitplätze** (sprich Telearbeitsplätze) einzurichten, soweit dies der



Kinder fördern, Jugend bilden, Familien unterstützen!

Gladbeck ist schon vor einigen Jahren als „familienfreundliche Stadt“ ausgezeichnet worden und schmückt sich gern mit diesem Titel. Die Familienfreundlichkeit einer Stadt lässt sich in besonderem Maße aus ihrem Angebot an Schulen, Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Kultur- und Freizeitangeboten sowie Spielplätzen und Erlebnisräumen ablesen. Hier hat Gladbeck in der Tat viel zu bieten. Kinder- und Jugendpolitik ist jedoch eine Daueraufgabe.

Bedarfsgerechte Kinderbetreuung

→ Wir werden weiterhin sicherstellen, dass in Gladbeck **für jedes Kind ein Platz im Kindergarten** zur Verfügung steht. Durch das von uns initiierte zentrale Anmeldeverfahren ist dies in jedem Einzelfall gewährleistet. Die Träger erhalten hiermit auch angesichts sinkender Kindergartenanzahlen eine frühzeitige Planungsübersicht und können auf Schwankungen schneller reagieren. Das breit differenzierte Angebot an unterschiedlichen Trägern (bei-

spielsweise mit dem Waldkindergarten im Frochtwinkel) wollen wir erhalten.

→ Eine Herausforderung stellt auch in Zukunft die **frühzeitige Sprachförderung von Migrantenkindern** dar. Werden diese ohne ausreichende Deutschkenntnisse eingeschult, ist der Rückstand trotz schulbegleitender Sprachförderung für die meisten betroffenen Kinder kaum mehr aufzuholen. Wir wollen das frühzeitige Erlernen der deutschen Sprache verstärkt bereits im Kindergarten anbieten.

→ Die **Betreuung unterdreijähriger Kinder** ist eine wichtige kommende Aufgabe. Bereits in diesem Jahr haben wir die Chance genutzt und die Landeszuweisungen für zwei Kindergarten- gruppen, die aufgrund sinkender Zahlen geschlossen worden sind, in den **Aufbau einer kleinen altersgemischten Gruppe** umgelenkt. Die rotgrüne Bundesregierung hat angekündigt, dass den Kommunen im kommenden Jahr rund 1,5 Milliarden Euro für Betreuungsangebote unter Dreijähriger zur Verfügung

Wir werden für jedes Kind einen Platz im Kindergarten sicherstellen!





Wir werden die Modernisierung der Gladbecker Schullandschaften konsequent fortsetzen!

gestellt werden. Wir werden in Gladbeck darauf achten, dass diese Mittel hier vor Ort auch für diesen Zweck eingesetzt werden. Für uns Grüne ist ein ausreichendes Angebot für Kleinstkinder nicht nur ein Beitrag zu mehr Chancengleichheit, sondern auch eine Chance für viele GladbeckerInnen auch als Eltern (meist Mütter) ihren Beruf weiter auszuüben.

Moderne Bildungsangebote

→ Die **Modernisierung der Gladbecker Schullandschaft** werden wir konsequent fortsetzen. Nach Abschluss der Sanierungs- und Neubaumaßnahmen am Heisenberggymnasium sind alle drei Gladbecker Gymnasien modernisiert und für die Zukunft gerüstet. Auch die Innenstadtreal-schulen und einige Grundschulen sind mit hohem Aufwand den

Erfordernissen einer hochwertigen

Schullandschaft angepasst worden. Insbesondere im Bereich der Grundschulen streben wir in den kommenden Jahren bauliche Verbesserungen an weiteren Standorten an.

→ Nicht zuletzt auf Grund der schlechten Ergebnisse der PISA-Studie werden derzeit viele bisher übliche Organisationsformen des Lernens in unseren Schulen überdacht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Neuerungen wie die **offene Ganztagsgrundschule, die selbständige Schule, die jahrgangsübergreifende Eingangsstufe und das Abitur nach 12 Jahren** in Gladbeck zügig und umfassend umgesetzt werden. Wir wollen die Zahl offener Ganztagsgrundschulen so weit erhöhen, dass der Bedarf an Ganztagsplätzen in allen Stadtteilen gedeckt ist.

→ Wir wollen einen **Jugend- und Bildungsausschuss**, der die bisherige Trennung von Jugendhilfe und Schule überwindet. Damit werden wir auch in den Entscheidungsstrukturen der verbesserten Vernetzung von vorschulischer Erziehung und schulischer Bildung gerecht. Neben Vertretern der Jugendhilfe und der Schulleitungen sollten auch Jugend- und Schüler-

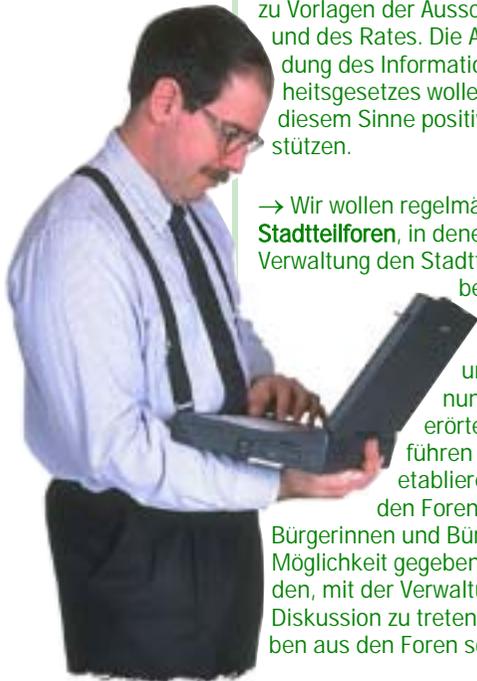
tungsbau fordern wir ein **Bürgerinformationsforum**, in dem aktuelle Themen und Planungsvorhaben in geeigneter Form vorgestellt werden und wo interessierte Bürgerinnen und Bürger in ruhiger Atmosphäre mit den zuständigen Mitarbeitern ins Gespräch kommen können.

→ Gerade der **lokale Agenda Prozess** soll Bürgerengagement unterstützen und begleiten. Wir wollen die Arbeit der lokalen Agenda Gladbeck daher auf breitere Basis stellen und noch mehr Bürgerinnen und Bürger gewinnen, an der Bewältigung von Themen und Projekten in unserer Stadt mitzuwirken. Hierzu wollen wir Netzwerke auf- und ausbauen.

Wir wollen weniger Funktionäre und mehr Bürger z.B. beim Neujahrsempfang



*Wir wollen mehr
Bürgertransparenz
für Planungs- und
Entscheidungs-
prozesse.*



Demokratie wächst vor Ort!

→ Politikverdrossenheit begründet sich auch in der mangelnden Information der Bürgerinnen und Bürger und ihrer unzureichenden Teilhabe an Planungs- und Entscheidungsprozessen. Unser Ziel ist daher weiterhin die **transparente Stadt Gladbeck**. Bürgern soll der Zugang zu Informationen erleichtert werden. Dies bedeutet zum Beispiel die Offenlegung von Gutachten oder der unbürokratische Zugang zu Vorlagen der Ausschüsse und des Rates. Die Anwendung des Informationsfreiheitsgesetzes wollen wir in diesem Sinne positiv unterstützen.

→ Wir wollen regelmäßige **Stadtteilforen**, in denen die Verwaltung den Stadtteil betreffenden Themen und Planungen erörtert, einführt und etabliert. Auf den Foren soll den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, mit der Verwaltung in Diskussion zu treten. Eingaben aus den Foren sollen an

die entsprechenden Fachausschüsse weitergeleitet werden.

→ Wir wollen **weniger Funktionäre und mehr Bürger!** So sollen zum alljährlichen Neujahrsempfang nicht die üblichen Repräsentanten unserer Stadt, sondern die Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden. Diese könnten jedes Jahr auf's Neue über ein Losverfahren ausgewählt werden.

→ Wir wollen das **Internet als Informations- und Partizipationsmedium** fördern und stärken. Offenlegungen von Plänen sollen beispielsweise zukünftig auch anschaulich über das Internet erfolgen. Auch Beteiligungsverfahren können ergänzend im Internet angeboten werden. Das redaktionell-informative Angebot der städtischen Internetpräsenz ist deutlich zu verbessern. Die Zusammenarbeit mit Gelsenketten muss eventuell reorganisiert werden.

→ Den Neubau des Verwaltungsgebäudes verstehen wir als Chance, den gewünschten transparenten Charakter der Verwaltung auch baulich umzusetzen. Im neuen Verwal-

treter stimmberechtigt in den neuen Ausschuss integriert werden.

→ Die erfolgreichen **Projekte mit Schulmüden** und Schulverweigerern werden wir fortsetzen, ebenso die Qualifizierungsprojekte für Jugendliche, die nach dem Ende ihrer Schulzeit keine Ausbildungsstelle erhalten.

→ Wir wollen die **Stadtbücherei als Ort des gemeinschaftlichen Lesens und Lernens** erhalten und den wichtigen Pfeiler Kinder- und Jugendbücherei weiter ausbauen. Eine regelmäßige Modernisierung und qualitative Aufwertung des Büchervorrats durch einen ausreichenden Anschaffungsetat ist dafür unerlässlich. Als zentraler Ort der Leseförderung ist die Stadtbücherei ein Eckpfeiler außerschulischer Bildung, der - wie auch die **Musikschule** und die **Jugendkunstschule** - Kinder und Jugendliche mit Fähigkeiten ausstattet, die entweder richtungsweisend für die spätere Berufswahl sind oder dafür notwendige Kompetenzen unterstützend ausbilden.

→ Die **VHS** verstehen wir als unverzichtbaren - und kostengünstigen - Faktor bei der individuellen Weiterbildung

und außerberuflichen Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Bereits seit vielen Jahren erhalten auf Initiative der Grünen alle Schulabgänger/innen in Gladbeck einen kostenlosen VHS-Gutschein. So können Jugendliche nach Abschluss der ersten Bildungsphase in den praktischen Genuss der zentralen örtlichen Weiterbildungseinrichtung kommen und als Berufs- oder Studienanfänger ihr inhaltliches Spektrum erweitern. Diese Angebote gilt es zu erhalten.

**Qualitativ hochwertige
Kinder- und Jugend-
angebote**

→ Neben den großen Einrichtungen freier Träger, wie dem Maxus in Gladbeck-Ost unterhält auch die Stadt Gladbeck viele gut angenommene Jugendzentren. So hat sich etwa das neue **Jugend- und Stadtteilhaus Karo** in Butendorf bereits zu einem wichtigen Stadtteilzentrum entwickelt. Vorübergehend wird dort auch das Mädchenzentrum - eine unverzichtbare Einrichtung vor allem zur Integration türkischer Mädchen - untergebracht, bevor es im Stadtteil Brauck

*Das Jugend- und
Stadtteilhaus Karo
hat sich zu einem
beliebten Treffpunkt
entwickelt!*



Wir wollen in allen Stadtteilen attraktive Kinderspielplatzangebote!



seine dauerhafte Adresse erhalten wird. Für das **Jugendzentrum Mikado** im Rathauspark wird unter Beteiligung freier Träger und der Jugendkunstschule ein umfangreiches, neues Konzept aufgebaut.

→ Auf **attraktive Kinderspielplatzangebote** legen wir in allen Teilen der Stadt hohen Wert. Nicht nur in die ganze Stadt ausstrahlende, beliebte Spiel- und Sportanlagen wie im Freizeitpark Wittringen oder im Bürgerpark Butendorf, auch wohnungsnah Spielplätze, vor allem für Kleinkinder und deren Eltern haben für uns einen hohen Stellenwert.

→ Jenseits gestalteter Flächen wollen wir **frei zugängliche und kostengünstige Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche** erhalten und ausbauen. Dazu zählen die von uns angestrebten Freiflächen zum Spritzen und Malen wie zum Beispiel der Schürenkamptunnel. An öffentlichen Feuerstellen könnten Jugendliche in Wittringen

neue Treffpunkte einrichten und gemeinschaftliche „Rituale“ wie Bratwurst- oder Stockbrotgrillen pflegen.

→ Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche sich in unserer Stadt und unserer Region frei und unabhängig bewegen können. Hierfür bauen wir sichere Fuß- und Radwege aus und bieten Jugendlichen spezielle Bus- und Bahnangebote. Das macht das „Mama-Taxi“ überflüssig und fördert die Selbständigkeit der Heranwachsenden. Seit 2002 haben auf Initiative der Grünen die Schülerinnen und Schüler auch in Gladbeck die Möglichkeit, sich mit dem so genannten **Schokoticket** im ganzen Ruhrgebiet mit Bus und Bahn zu bewegen. Nachtbuslinien, die z.B. den Kinobesuch auch in der Nachbarschaft ermöglichen sollen, wollen wir erhalten und verbessern.

→ Wir wollen die Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt verbessern. Hierzu wollen wir einen neuen Anlauf für die Wiederbelebung des Kinder- und Jugendparlaments nehmen. Städtische Planungen müssen sich immer an den Bedürfnissen von Kindern ausrichten. Eine kindgerechte Stadtplanung muss beispielsweise **Freiräume zum Toben,**

Wir machen für Sie Politik:



Matthias Winkler vertritt die Grünen im Schulausschuss. Auf die Schulausbauten der letzten Jahre ist der Berufsschullehrer stolz und will auch in Zukunft für gesunde und angenehme Lernbedingungen sorgen. Das Angebot der Musikschule will er sichern.



Barbara Holt sieht in den Kulturangeboten unserer Stadt ein Aushängeschild für Gladbeck. Die pensionierte Lehrerin engagiert sich im Förderverein der Städtischen Galerie. In der kirchlichen Eine-Welt-Arbeit unterstützt sie ein Solarprojekt in Haiti.



Simone Steffens (35) ist Sozialpädagogin und beruflich als Drogenberaterin tätig. Die Mutter eines zweijährigen Sohnes ist seit vier Jahren grünes Parteimitglied und wünscht sich eine tolerante, solidarische und gleichberechtigte Gesellschaft.

Mehr Infos im Internet

Weitere Informationen finden Sie auf unseren Internetseiten. Zu zentralen Themen wie beispielsweise der A52 oder dem Bhf. West bieten wir viele Hintergrundinformationen.

www.gruene-gladbeck.de

gut 40 Jahren, sie haben unseren Wohlstand mit erarbeitet und am Aufbau der Bundesrepublik mitgewirkt. Nun sind viele von ihnen in hohem Alter und vielen Familien stellen sich jetzt die Probleme bei der Pflege und Versorgung ihrer Angehörigen ein. Wir wollen, dass der Bedarf an Pflegedienstleistungen und an Plätzen in **Altenheimen für Migrantinnen und Migranten** in unserer Stadt ermittelt und in die Planungen mit aufgenommen wird

Wir setzen uns auch weiterhin für einen Integrationsausschuss ein.

*Aktive
Integrationspolitik
beginnt bei den
Kindern in unserer
Stadt.*



Integrieren statt dulden!

Bündnis 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Kultur des Respekts vor den kulturellen Unterschieden in unserer Stadt und für ein friedliches Zusammenleben aller. Dies geht nur mit dem Willen zur Integration von Zugewanderten und Mehrheitsgesellschaft und bedarf der Unterstützung durch die Kommunalpolitik.

→ Aktive Integrationspolitik beginnt bei den Kindern in unserer Stadt. In diesem Sinne wollen wir in der Schulpolitik verstärkt die vorhandenen Kompetenzen der Kinder mit Migrationshintergrund anerkennen und fördern und ihnen einen besseren Zugang zum deutschen Schulsystem ermöglichen. Dafür brauchen wir **flächendeckende Förderung in deutscher Sprache** insbesondere vor Schuleintritt und die Unterstützung bei der Weiterentwicklung der Muttersprache.

→ Für alle Neuzuwanderer sollen **Orientierungskurse** eingerichtet werden, damit sie von Anfang an mit unserer Kultur, den Grundwerten der Demokratie und der deutschen Sprache vertraut ge-

macht werden.

→ Wir wollen die Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Kommunalpolitik für Migrantinnen und Migranten ohne deutschen Pass verbessern. Deshalb setzen wir uns auch weiterhin für die Bildung eines **Integrationsausschusses** ein, in dem alle Migrantinnen und Migranten mit legalem Aufenthaltsstatus in unserer Stadt ihre Vertreterinnen und Vertreter direkt hinein wählen können. Dieser Ausschuss soll den Ausländerbeirat ersetzen und dadurch, dass er in die reguläre Ausschussarbeit mit eingebunden ist, mehr Gewicht und eigene Entscheidungskompetenzen erhalten, als es zur Zeit den Ausländerbeiräten zugestanden wird.

→ Bei Aufenthaltsverlängerungen soll zukünftig geprüft werden, ob eine **Verbesserung des Aufenthaltsstatus** möglich ist. Ebenso sind Migranten, die die gesetzlichen Anforderungen zur Einbürgerung erfüllen, auf diese Möglichkeit hinzuweisen.

→ Die ersten angeworbenen „Gastarbeiter“ kamen vor

Spielen und Erkunden bieten und durch sichere Wege mit dem Umfeld vernetzt sein. Kinder sind frühzeitig in diese Planungsprozesse einzubeziehen und ihre Rechte in der weiteren Umsetzung gegenüber anderen Interessen zu stärken.

→ Wir wollen Familien in Gladbeck ein **gesundes und sicheres Lebensumfeld** bieten. Mit günstigen Baulandpreisen und Förderungen für sogenannte Schwellenhaushalte werden wir jungen Familien die Möglichkeit der Eigenheimbildung weiterhin erleichtern. U.a. in Gladbeck-Ost und in Butendorf werden wir den Bürgerinnen und Bürgern **familiengerechte Baugebiete** anbieten.

→ Wir wollen insbesondere Familien mit Kindern in allen Lebenssituationen unterstützend zur Seite stehen. Hierzu wollen wir im neuen Verwaltungsgebäude ein **Kinder- und Familienbüro** einrichten, dass diesen als zentrale

Anlaufstelle dient und den zeitaufreibenden Lauf durch die unterschiedlichen Ämter und Behörden erspart. Im Kinder- und Familienbüro wollen wir alle städtischen und öffentlichen Leistungen bündeln und damit für schnelle und unbürokratische Unterstützung dieser Zielgruppe sorgen.

*Wir wollen ein
Kinder- und
Familienbüro als
zentrale Anlaufstelle
in der Verwaltung!*



Die Verwaltung soll ein Lotse für ExistenzgründerInnen sein und deren Startphase helfend begleiten!



Gemeinsam wirtschaften und Arbeit aktivieren!

Die Stabilisierung und Förderung der Wirtschaft sowie die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen bleibt eine zentrale Herausforderung der kommunalen Politik. Die Verbesserung der städtischen Wirtschaftsförderung und deren kontinuierliche Ausrichtung an den Bedürfnissen der Betriebe und Unternehmen verstehen wir als laufenden Prozess.

→ Wir wollen alternative Organisationsstrukturen für die **kommunale Wirtschaftsförderung** prüfen, um auch und gerade in Zeiten leerer Kassen deren Handlungsfähigkeit zu erhalten. Hierbei muss auch die Möglichkeit einer Ausgliederung in eine Wirtschaftförderungsgesellschaft in Betracht gezogen werden.

→ Wir wollen die **Betreuung und Beratung auch von Kleinunternehmen** stärken. Es muss gewährleistet sein, dass Wirtschaftstreibende und ExistenzgründerInnen (auch Ich-AGler) einen zentralen An-

sprechpartner in der Verwaltung haben, der sie bei allen Prozessen und Verfahren begleitet und betreut. Die Verwaltung soll dabei ein Lotse für die ExistenzgründerInnen sein und gerade in der schwierigen Startphase den Prozess helfend begleiten. Das Durchreichen durch die Ämter und Zuständigkeiten wollen wir abschaffen.

→ Die **interkommunale Zusammenarbeit** mit den Nachbarstädten wollen wir intensivieren und die Emscher-Lippe-Region als attraktiven Wirtschafts- und Dienstleistungsraum am Markt etablieren. Den Ansatz der Emscher-Lippe-Allianz, der eine Kooperation der Städte in der Wirtschaftsförderung vorsieht, werden wir weiter verfolgen und deren Strukturen demokratisieren. Kirchturmdenken wollen wir überwinden. Gewerbe- und Industriegebiete sollen gemeinsam von den Städten und Gemeinden in unserer Region angeboten und vermarktet werden.

→ Über die reine Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen gelingt es nicht, die wegbrechenden Arbeits-

- **Unterrichtshilfe an allen Schulformen** mit dem Schwerpunkt Grundschule
- **Koordination und Organisation von schulübergreifenden Sportfesten auf Stadt-, Kreis- und Landesebene**
- **Mitorganisation und Unterstützung von vorbildlichen Veranstaltungen wie der Soccer-Nacht mit Jugendlichen**

Der Sportverein als Wertevermittler ist sozialpolitisch unverzichtbar

→ Die Bedeutung des Sports bei der Gestaltung sozialer Zusammenhänge ist zweifellos hoch. Kinder und Jugendliche lernen beim Spiel, sich an Regeln und Vereinbarungen zu halten, lernen, dass bei Übertretung der Regeln Sanktionen fällig sind. Sie sind Gruppenprozessen unterworfen und stellen fest, dass sie sich für ihre Interessen engagieren müssen. Diese **Wertevermittlung** ist Bestandteil eines wie selbstverständlich erlebten Prozesses, der enorme Wirkung auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat. Vermittelt wird dieser Prozess von Erwachsenen, die sich zu meist ehrenamtlich enga-

gieren und die sich mit den im Verein zu vermittelnden Werten identifizieren. Hier ist ein funktionierendes generationenübergreifendes soziales System entstanden, das in Gladbeck gut funktioniert und das wir deshalb unbedingt erhalten und ausbauen wollen.



Der Sport vermittelt den Kindern, sich an Regeln und Vereinbarungen zu halten.

Wir wollen die Stellen der Stadtsportlehrer sichern.



in der nächsten Ratsperiode 2004 – 2009 einen Schwerpunkt setzen, um durch den Erhalt der 1½ Stellen die dringend notwendige Koordinierungsarbeit zwischen Stadt, Schulen, Kindergärten und Vereinen neu zu organisieren. Dabei gilt es vor allen Dingen, das wieder aufzugreifen oder zu erhalten, was in den letzten 15 Jahren vorbildlich aufgebaut worden ist:

- **Zusammenarbeit Schule und Verein: „Für jedes Kind eine Sportart“.** Betreuung der Vereine, die gerade jetzt noch wichtiger wird, wenn es um Ganztagsangebote geht. Auch verbunden mit Unterrichtsbesuchen, Organisation von Spiel- und Sportfesten sowie Fortbildungen
- **Leitung des Arbeitskreises Schulsport für alle 30 Schulen:** Wettkampftermine, Förderung des Breitensports, Förderung der Motopädie
- **Koordination und Mitorganisation von Bundesjugendspielen**
- **Durchführung Sportmotorische Tests**

- **Unterstützung von Projekten wie „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf“**

Diskutieren Sie mit uns im Internet

Ihre Meinung ist uns wichtig! Gerne wollen wir mit Ihnen und anderen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen und über Sportpolitik oder andere aktuelle Gladbecker Themen diskutieren. Die Möglichkeit hierzu haben Sie in unserem Internetforum. Melden Sie sich an und sagen Sie uns Ihre Meinung. Wir sind gespannt!

www.gruene-gladbeck.de/meinung

- **Koordinator von „Freiwilligen Schülersportgemeinschaften“**

plätze im ausreichenden Umfang zu schaffen. Grund und Boden sind ein begrenztes Gut, nicht vermehrbar, deshalb müssen Gebiete und Gebäude vermarktet werden, die bereits existieren. **Die Ansiedlung in denkmalgeschützte oder brachliegende Gebäude** sowie die damit verbundenen Investitionen bringen Handwerkern zusätzliche Aufträge, die bei einer flächensressenden Ansiedlung auf der grünen Wiese nicht zustande kommen.

→ In der Kombination von Wohnen und Arbeiten sehen wir auch in Gladbeck weitere Potenziale. In den kommenden Jahren wollen wir einen Schwerpunkt auf die **Ausweitung und Förderung von Mischgebieten** legen und hierzu Brachflächen nutzen bzw. minder genutzte Areale reaktivieren. So werden wir z.B. in unmittelbarer Nähe zur Innenstadt auf dem ehemaligen Schlachthofgelände ein Wohn- und Arbeitsquartier entwickeln, das Freiberufler, Selbständige und kleine und mittlere Betriebe aufnehmen wird. Eine ähnliche Entwicklung streben wir für das Bloomshofgelände an der Bottroper Straße an, welches derzeit durch einen unstrukturierten Flächen- und Gebäude-

bestand mit wirtschaftlich ineffizienter Ausnutzung geprägt wird.

→ Von der **Maschinenhalle Zweckel** werden in den kommenden Jahren weitere Entwicklungsimpulse auch für die Wirtschaft ausgehen. Das „Schloss der Arbeit“ wurde mit Millionenförderung des grünen NRW-Städtebauministeriums zu einem „Schloss der Kultur“ hergerichtet und hat sich u.a. als Aufführungsstandort der Ruhrtriennale etabliert. Von der Restaurierung des denkmalgeschützten Gebäudes profitieren insbesondere kleine und mittlere Betriebe. Auf der südlich angrenzenden Brachfläche soll Gewerbebauland entstehen. Die Nähe zu dem „Schloss der Arbeit“ sowie die Einrahmung durch den vorhandenen Baumbestand wird den Standort zu einem gehobenen Arbeitsquartier aufwerten. Hierbei ist den Belangen des Natur- und Umweltschutzes Rechnung zu tragen.

→ Im **Gesundheits- und Pflegesektor** sehen wir in den kommenden Jahren weitere Potenziale, um Arbeitsplätze zu schaffen und den Handel vor Ort zu stärken. Das geplante Reha-Zentrum in Brauck sowie ein Suchtthera-

Im Gesundheits- und Pflegesektor sehen wir weitere Potenziale, um Arbeitsplätze zu schaffen!



*Straßen- und
Schulausbauten
sorgen für öffentliche
Aufträge!*



piezentrum mit zusammen weit über hundert Arbeitsplätzen sind nur zwei Beispiele aktiver Wirtschaftsförderung jenseits vom Billiglohnssektor, von denen auch der örtliche Einzelhandel profitiert.

→ Den **Umbau und die Erneuerung der Innenstadt als zentralen Einzelhandelsstandort** werden wir fortsetzen und damit seine Konkurrenzfähigkeit in der Region stärken. Mit den ausschlaggebenden Stimmen von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN wurde im vergangenen Jahr die Lambertistraße zu einem beliebten, innerstädtischen Treffpunkt umgestaltet und damit das Profil des Gladbecker Einkaufszentrums gestärkt. Auch nach der Wiederherstellung des Gladbecker Marktplatzes werden wir uns in der kommenden Legislaturperiode für die schrittweise Umsetzung von Rahmenplan und Handlungskonzept stark machen, welche gemeinsam mit dem Einzelhandel, den Immobilienbesitzern, der IHK und anderen Interessensverbänden erarbeitet wurden.

→ Die lokale und regionale Wirtschaft lebt auch von kommunalen Aufträgen. Obwohl die Stadt Gladbeck seit über einem Jahr über keinen genehmigten Haushalt mehr

verfügt, wurde stetig in die kommunale Infrastruktur investiert. Durch die konsequente Fortsetzung der Bauaktivitäten beispielsweise im Kindergarten- und Schulausbau sowie im Straßenbau werden wir eine **kontinuierliche, öffentliche Auftragslage** sicherstellen. Gerade von der Modernisierung unserer Schulen (mit Erneuerung der Fenster, Sanierung von Dächern etc.) profitieren auch Gladbecker Handwerksbetriebe und Firmen. Durch die Auftragsgestaltung (Aufteilung der Lose etc.) werden wir versuchen, dass die Wirtschaft vor Ort an dieser Auftragslage partizipieren kann.

→ Wir werden uns weiter für einen **effizienten Einsatz öffentlicher Mittel für die Wirtschaftsförderung** einsetzen und uns dafür stark machen, dass diese nicht in vermeintlichen Großprojekten „versumpfen“. Die Erschließung des Sumpfgeländes an der Hegestraße, die allein 1,4 Mio. Euro für die Aufschüttung des Geländes und 900.000 Euro für den Ausgleich der Umwelteingriffe verschlingt, ist für die ineffiziente Verwendung von Fördergeldern genauso ein Beispiel wie das für 135.000 Euro beauftragte Freizeitgutachten. Wir wollen, dass Gelder bei der Wirtschaft

Gladbeck ist Leistungsstützpunkt in den Disziplinen Schwimmen und Leichtathletik. Auch in anderen Disziplinen wie z. B. Kegeln und Handball wird hervorragender Sport geboten und ein hohes Niveau erreicht. **Spitzen- und Leistungssport** übernimmt für uns damit eine „Leuchtturmfunktion“ für den Breitensport und animiert viele Bürgerinnen und Bürger, sich in der Freizeit privat oder in Vereinen sportlich zu betätigen.

Mehr Bewegung in der Schule - Mehr Anerkennung für den Schulsport

→ Kinder und Jugendliche brauchen für ihre gesunde Entwicklung täglich ein ausreichendes Maß an Bewegung. Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen auch als Bewegungsraum gestaltet und genutzt werden. Deshalb engagieren wir uns für den Ausbau und die Qualitätsentwicklung von **Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten in den Offenen Ganztagschulen** sowie für die Entwicklung bewegungsfreudiger und sportorientierter Schulprogramme und Schulprofile. In NRW gibt es richtungsweisende Initiativen zur Sicherung des Sportunterrichts und zur Durchführung der täglichen Sportstunde an

Grundschulen. Das soll auch perspektivisch in Gladbeck umgesetzt werden.

→ Die Offene Ganztagschule ist eine gute Chance für die Sportvereine in Gladbeck, mit ihren sportlichen Angeboten Kinder für den Sport und auch für den Sportverein zu interessieren. Dies muss von der Stadt Gladbeck koordiniert und begleitet werden, damit gerade in der Offenen Ganztagschule und darüber hinaus in Sportvereinen durch qualifizierte ÜbungsleiterInnen mehr Bewegung in die Schule gebracht wird. Ausgelöst durch einen Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich der Sportausschuss einstimmig dafür ausgesprochen, die letzten anderthalb **Stadtsporthelehrerstellen** zu erhalten. Bisher bestand die Gefahr, dass die Stellen wegfallen, sobald die jetzigen Stelleninhaber aus dem Dienst ausscheiden. In diesem Fall stände Gladbeck dann ohne eine Stadtsporthelehrerstelle da! Zum Vergleich: Ende der 80iger Jahre gab es noch 5 Stellen plus eine dreijährige ABM. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden hier



*Kinder und
Jugendliche brauchen
für ihre gesunde
Entwicklung ein
ausreichendes Maß
an Bewegung*



*Laufen,
Inlineskating
Skateboarden und
Klettern bringen
immer mehr
Menschen in
Bewegung*



lässliche und stetige Landeszuwendung garantiert wird. Sie vergrößert aber auch das Maß an Verantwortung auf unserer kommunalen Ebene. Wie werden daher dafür Sorge tragen, dass die zur Verfügung stehenden Mittel auch dem Sport zu Gute kommen und nicht in den allgemeinen Haushalt fließen. Dabei muss auch ein vernünftiger Ausgleich zwischen Erhalt und Sanierung bestehender Sportstätten und der Erweiterung und dem Bau von neuen Sportanlagen bewirkt werden. Bereits im Frühjahr sorgten wir mit einem Antrag zur Sportpauschale für die notwendige Kontrolle bei der Verteilung der Mittel.

→ In den vergangenen Jahren wurden durch zum Teil **neue Trends wie z.B. Laufen, Inline-Skating, Skateboarden und Klettern** immer mehr Menschen für mehr Bewegung im Alltag gewonnen. Wir wollen uns auch in Gladbeck dafür einsetzen, dass zu bestimmten Anlässen zentrale Verkehrsstraßen gesperrt werden, um Skatern ein ungehindertes Rollen zu ermöglichen. Bei Stadtteilplanungen wollen wir auch Angebote für vereinsunabhängige (Trend-)Sportarten machen. Die Kletterwand im Südpark oder die Skateranlage in Butendorf

sind hierfür nur zwei Beispiele.

→ Beim **Betrieb von Sportstätten** wollen wir verstärkt auf das **ehrenamtliche Engagement** der Vereine setzen und diese bei ihrem gesellschaftlichen Beitrag finanziell durch die Stadt unterstützen. Die Übernahme von etlichen Sporthallen und -plätzen durch die jeweiligen Vereine und zuletzt die Übernahme des Freibades durch den SV 13 sind gute Beispiele dieser Politik, die wir fortsetzen werden. So wird sich der Sportausschuss der Stadt Gladbeck in der nächsten Ratsperiode mit einem Antrag von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN beschäftigen, eine solche Regelung auch für das Gladbecker Stadion – ein Konzept des TV Gladbeck liegt vor – ins Auge zu fassen.

Spitzensport ist und bleibt das Schaufenster des Sports

→ Aktive Sportlerinnen und Sportler und Sportkonsumenten identifizieren sich mit Spitzenathletinnen und -athleten. Wir freuen uns über die Erfolge unserer Vereine, wir feiern mit z. B. bei Olympia, Tour de France oder Welt- und Europameisterschaften in verschiedenen Disziplinen.

vor Ort auch ankommen!

→ In unserer Stadt haben wir viele ausländische Arbeitgeber. Eine Förderung und Unterstützung dieses Potenzials durch unsere Wirtschaftsförderung findet nicht oder nur in geringem Umfang statt. Von den ausländischen Unternehmen werden zu selten Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Dies geschieht häufig aus Unkenntnis über unser Ausbildungssystem. Auch die Bereitschaft von Migrantinnen und Migranten, sich selbstständig zu machen, ist deutlich höher als bei der einheimischen Bevölkerung. Dieses Potenzial wollen wir erschließen und für unsere Stadt nutzbar machen. Wir wollen die **Unterstützung und Information von Existenzgründerinnen und UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund** ausdrücklich in den Aufgabenkatalog der kommunalen Wirtschaftsförderung mit einbeziehen.

→ Wir wollen **Messsysteme** schaffen, um die Zufriedenheit von Unternehmern in Gladbeck mit der städtischen Verwaltung zu stärken, und die kommunale Wirtschaftsförderung auf der Basis interkommunaler Vergleichsringe kontinuierlich verbessern.

→ Verwaltungsvorgänge wollen wir durch den **Einsatz moderner Medien** unbürokratisch gestalten. Alle wirtschaftsbezogenen Verwaltungsvorgänge - bis auf notarielle und urkundliche Vorgänge - sollen auf elektronischem Wege abgewickelt werden können.

→ Die Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinden sind bundesweit in dramatischen Ausmaßen weggebrochen. Infolge der Rückgänge des Gewerbesteueraufkommens sind die Kommunen den Haushaltssicherungsaufgaben der Bezirksregierungen unterworfen. Wir plädieren für eine **kommunale Wertschöpfungssteuer**, die bei Unternehmen (nach Abzug der Vorleistungen) auf breiter Bemessungsgrundlage unabhängig vom Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Energie und Wissen erhoben werden könnte. Bemessungsgrundlage für die Wertschöpfungssteuer wäre der in einem Jahr erarbeitete Wert der Unternehmensleistungen.

→ Wir wollen die **Frei-**

*Wir wollen, dass
wirtschaftsbezogene
Verwaltungsvorgänge
auf elektronischem
Wege abgewickelt
werden können!*





Wir wollen die Freizeitwirtschaft und den Tourismus als Imagefaktor für die Region unterstützen.



zeitwirtschaft und den Tourismus als Imagefaktor für die Region unterstützen und Voraussetzungen für die Vermarktung von Angeboten im Tourismussektor schaffen. Kulturelle Angebote, die wie die Ruhrtriennale oder die Galerie über die Stadtgrenzen hinausstrahlen, stellen auch einen Wert als weiche Standortfaktoren dar. Sie verleihen unserer Stadt regionale Wertschätzung und Anerkennung, welches dem „Standort Gladbeck“ zugute kommt

Wir machen für Sie Politik:



Mario Herrmann ist Gründungsmitglied der Gladbecker Grünen. Seit 12 Jahren leitet der 42jährige die Ratsfraktion. Die weitere Attraktivierung

Gladbecks als Stadt zum Wohnen und Leben mit hochwertigen Schul- und Jugendangeboten liegt ihm am Herzen.



Theodor Schulte (50) repräsentiert die Stadt Gladbeck seit 10 Jahren als stellv. Bürgermeister. Der gebürtige Rentforter und Vater von drei erwachsenen

Kindern wurde für sein politisches Engagement mit der Ehrenplakette der Stadt Gladbeck ausgezeichnet.



Bernd Lehmann ist Stadt- und Verkehrsplaner. Der Diplomingenieur wünscht sich ein begrüntes Lebensumfeld für Gladbeck, in dem

Kinder spielen und toben können. Wichtig sind ihm ansprechende Alleen, breite Geh- und Radwege und lebendige Stadträume.



Franz Wegener ist für die Grünen Aufsichtsratsmitglied der GWG. Der Historiker und selbständige Unternehmer steht für eine effiziente, kommunale

Wirtschaftsförderung, die an den Bedürfnissen von kleinen und mittleren Betrieben auszurichten ist.



Sport und Bewegung fördern!

Der Sport fördert soziale Beziehungen, leistet Integrationsarbeit und ist mit seinem großen ehrenamtlichen Engagement für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft nicht zu ersetzen. Sport und Bewegung tragen auch entscheidend zur Gesundheitserhaltung bei. Angesichts der Alterung unserer Gesellschaft und der Bewegungsarmut in weiten Teilen der Bevölkerung am Arbeitsplatz und in der Freizeit kommt einer umfassenden Sportförderung besondere Bedeutung zu. Gleichzeitig zeigt der Boom im Ausdauer- und Fitnessbereich, dass sich die Idee, Gesundheit durch Sport zu erhalten oder zu erlangen, immer mehr durchsetzt.

Es bedarf des gemeinsamen und kooperativen Handelns von Stadt, Land, Schulen, Vereinen und Verbänden sowie der Wirtschaft, frei zugängliche, wohnnahe Sportstätten sowie Bewegungs- und Spielflächen zu sichern, zu erhalten oder zu schaffen. Wir wollen Schulsport als Sportangebot für alle garantieren und ausbauen wie auch den Wettkampf- und Spitzensport weiterentwickeln, damit er seiner

Funktion, Menschen zum Sporttreiben zu bewegen, auch in Zukunft gerecht werden kann.

Sporträume der Zukunft

→ Die beste Förderung des Sports ist die **Bereitstellung von Sportstätten und Sportgelegenheiten**. Veränderte Wünsche und Gewohnheiten stellen neue Anforderungen an die Gestaltung der Sporträume. Für die Sportstätten sind neue Anforderungen zu erwarten, die den Bedürfnissen einer alternden und gesundheitsorientierten Gesellschaft gerecht werden. Sportangebote verändern sich im Hinblick auf gesundheitsorientierte Sportangebote sowie Sport- und Bewegungsangebote für spezielle Zielgruppen wie Mädchen und Frauen, Migrantinnen und Migranten sowie Ältere. Spiel-, Sport- und Bewegungsinteressen von Kindern und Jugendlichen wollen wir stärker zu berücksichtigen.

→ Für den Ausbau unserer Sportstätten steht die **Sportpauschale** des Landes zur Verfügung, mit der eine ver-

Sport und Bewegung tragen entscheidend zur Gesundheits-erhaltung bei.



Wir wollen Kunst im öffentlichen Raum erlebbar und erfahrbar machen.



→ Wir wollen **Kunst im öffentlichen Raum** erlebbar und erfahrbar machen. So haben wir uns für eine künstlerische Gestaltung unserer Kreisverkehre ausgesprochen und werden diese Forderung weiter verfolgen. Aber auch temporäre Kunst muss einen Raum im Straßenbild erhalten. Verstärkt wollen wir Kunst raus aus den Ausstellungsräumen hin zu den Bürgerinnen und Bürgern auf die Straße tragen. Hierzu kann auch mit Schulklassen oder gemeinsam mit der Jugendkunstschule mit Kindern und Jugendlichen gearbeitet werden. Der Einzelhandel könnte Schaufenster und leerstehende Geschäftslokale als Präsentationsflächen bieten.

Wir machen für Sie Politik:



Eva-Maria Stuckel ist Stadtverbandssprecherin und Vorsitzende des Kulturfördervereins Ruhrgebiet e.V. Kultur ist nach Ansicht der Germanistin auch ein Wirtschaftsfaktor. Die Förderung von Stadtbücherei und Maschinenhalle ist ihr besonders wichtig.



Als gelernte Reiseverkehrskauffrau liegen Erika Hoth die Gladbecker Städtepartnerschaften am Herzen. Tourismusangebote will sie vor Ort weiter ausbauen und z. B. mit Bed & Breakfast - Angeboten für Erlebnisvielfalt und Vorzüge unserer Region werben.



Georg Laacks ist viel in Bewegung und schätzt gesunde Ernährung. Der Psychotherapeut läuft, schwimmt und fährt Fahrrad. Zu Halbmarathon und Triathlon kommt auch noch Fußball hinzu. Wichtig ist ihm die Förderung ehrenamtlichen Engagements in Vereinen.



Markus Holt (33) will Gladbeck zur SolarCity ausbauen. Der studierte Biologe ist umweltpolitischer Sprecher der Grünen. Er setzt auf eine nachhaltige Stadtentwicklung und plädiert für ökologische und sozial gerechte Vorgaben bei Verwaltungseinkäufen.

Eine Stadt mit Wohlfühlcharakter entwickeln

→ Die städtische Baulandpolitik muss durch Ausweisung attraktiver **Wohngebiete für junge Familien** auch in Zukunft eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur sichern (z. B. Vermarktung Berliner Straße, behutsame Ausweisung Wielandstraße).

→ Die **Eigentumsbildung für breite Bevölkerungsschichten** soll ermöglicht werden. Wir werden daher die Privatisierungsprozesse der Viterra im Sinne der Mieter weiter positiv begleiten. Mieter- und Bürgerbeteiligung werden dabei wie gehabt eine zentrale Rolle spielen.

→ Die Identität unserer Stadt soll bewahrt und gestärkt werden. Hierzu ist u.a. das **kulturelle Erbe der Gartenstadt** weiter zu entwickeln und zu modernisieren (wie etwa die Schlägel- und Eisensiedlung in Zweckel). Gestaltungssatzungen und Denkmalschutzbereich haben sich hierbei bewährt. Aber auch Maßnahmen, die auf das freiwillige Engagement der Bürger setzen, müssen gefördert werden. Der Stadtbildpreis und die Fassadenförderung sind

hier geeignete Ansätze zur Herausbildung städtischer Identitäten (z.B. Freilegung der Jugendstilfassade des P&C-Hauses). Prägnante Gebäude – wie das Eckhaus und jetzige Stadtteilbüro an der Phönixstraße – sollen erhalten und in eine Neubebauung einbezogen werden. Die Verbindung von **Denkmalschutz**, wirtschaftlicher Nutzung und historischer Strahlkraft (Beispiel: Postgebäude) schafft nicht nur städtische Identität, sondern verbindet Ästhetik und Stadtgeschichte mit neuen Arbeitsplätzen.

→ Der demographische Wandel ist auch für Gladbeck eine Herausforderung für die nächsten Jahrzehnte. Intelligente Stadtentwicklungspolitik muss daher auch eine **nachhaltige Auslastung der städtischen Infrastruktur** (Kindergärten, Schulen etc.) im Auge behalten und damit in der Vergangenheit getä-



Wir wollen jungen Familien attraktive Wohngebiete anbieten und damit auch in Zukunft eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur sichern.

*Wir werden die
Erneuerung der
Innenstadt als
Geschäfts-, Dienst-
leistungs- und
Wohnzentrum
fortführen.*



tigte Investitionen für die Zukunft sichern.

→ In einer kompakten Stadt wie Gladbeck müssen innerstädtisch vorhandene Potenziale für weitere Stadtentwicklungen genutzt werden. **Baulückenschließung, Brachflächenreaktivierung und städtebauliche Ergänzungsmaßnahmen** genießen daher Priorität gegenüber der weiteren Inanspruchnahme von Freiraum. Die Ergänzung der Bebauung an der innenstadtnahen Bottroper Straße oder im „Barbara-Dreieck“ sind nur zwei Beispiele, mit der wir das Stadtbild ressourcenschonend ergänzen wollen.

→ Die Innenstadt als Geschäfts-, Dienstleistungs- und Wohnzentrum wird auch in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt der Stadtentwicklung bilden. Die **Erneuerung der Fußgängerzone**, die mit der Umgestaltung der Lambertstraße begonnen wurde, werden wir fortführen.

Ziel ist es, auch die Hoch- und Horster Stra-

ße in ihrer Funktion als attraktive Einkaufsmeilen zu stärken. Hierzu ist es u.a. erforderlich, Magneten am Anfang und Ende der Einkaufsstraßen herauszubilden. Mit Karstadt im Westen, dem Citycenter im Norden sowie P&C, dem umgebauten Glück-Auf-Center (Kaufland) und dem wieder hergestellten Marktplatz im Süden liegen bereits gute Voraussetzungen vor. In den kommenden Jahren gilt es, den vernachlässigten östlichen Einfallsbereich stärker herauszubilden. Der Neubau des Bahnhaltelpunktes Gladbeck-Mitte ist dabei nur ein Baustein.

→ Regelmäßige **Prämierungen von Schaufensterauslagen** des Gladbecker Einzelhandels können weitere Anreize für eine ansprechende Innenstadt schaffen. Darüber hinaus möchten wir die **Außengastronomie** in Gladbeck weiter stärken. Im Dialog mit den Gastwirten soll auf die Gestaltung der Außenflächen mit hochwertigem Material geachtet und vor Erteilung der entsprechenden Sondernutzungserlaubnis eine eingehende Beratung angeboten werden. Gleiches gilt für Geschäftsauslagen. Durch eine modernisierte Sondernutzungssatzung wollen wir hier zu weitere Anreize bieten.

Kultur als Aushängeschild

Unsere Stadt verfügt über ein breites und anerkanntes Kulturangebot, welches das städtische Leben und Freizeitangebot bereichert und über die Grenzen unsere Stadt als Aushängeschild für Gladbeck wirbt.

→ Schon früh in den achtziger Jahren haben wir uns für einen Erhalt der Maschinenhalle Zweckel und gegen einen Abriss ausgesprochen. Diese kluge Strategie trägt nun reiche Früchte: Wir wollen die **Maschinenhalle als Spielort der Ruhrtriennale** etablieren. Die Vermarktung der Halle für Kulturveranstaltungen, Konzerte, Messen und Ausstellungen muss weiter forciert werden. Nicht zuletzt zeigt die erfolgreiche Veranstaltung von Abi-Feten in der Gladbecker „Industriekathedrale“, dass es sich um mehr als ein touristisches „Bonbon“ handelt, das Jung und Alt gleichermaßen nutzen können.

→ Die **Ausstellungen der städtischen Galerie** haben sich längst regionale Anerkennung verdient. Die Kombination von ansprecherender Gastronomie und Kunst und Kultur unter einem Dach entsprang

einer grünen Initiative. Zu diesem erfolgreichen Konzept bekennen wir uns auch in Zukunft und wollen die Rahmenmöglichkeiten bieten, die das kulturelle Angebot nachhaltig sichert. Aufgrund der sich ständig verschärfenden Haushaltssituation werden wir auch für die Galerie Modelle suchen, die eine Zusammenarbeit mit Vereinen, Stiftungen oder Initiativen beinhalten.



*Wir wollen die
Maschinenhalle für
Kulturver-
anstaltungen,
Konzerte, Messen
und Ausstellungen
vermarkten.*

Wir werden Barrieren für ältere und behinderte Menschen abbauen.



nahme von älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen am öffentlichen Leben ein. Gemeinsam mit Vertretern des Seniorenbeirats und der Behindertenverbände wollen wir ein Konzept „Barrierefreie Stadt“ verabschieden und dafür sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger sich unbeschwert und frei in unserer Stadt bewegen können. Hierzu gehören beispielsweise auch Leit- und Taststreifen an Querungsstellen und Einmündungen für sehbehinderte Menschen. Barrieren im öffentlichen und privaten Raum wollen wir beseitigen (z.B. Bahnhof West). Das Angebot an Altenpflegeplätzen und Altenwohnungen wollen wir bedarfsgerecht ausbauen und einen selbständigen und würdevollen Lebensalltag gewährleisten.

→ Wir werden unser Engagement für die Ansiedlung eines **Suchttherapiezentrum**s in Gladbeck in den kommenden Jahren fortsetzen. Menschen, die von ihrer Sucht loskommen wollen, muss die Perspektive für ein neues Leben geboten werden. Das bedeutet

nicht nur soziale Verantwortung tragen, sondern auch die Einrichtung hoch qualifizierter Arbeitsplätze. Gladbeck würde für Menschen, die in der Krankenpflege, der Psychotherapie und der Gesundheitswirtschaft arbeiten - und ein hohes soziales Bewusstsein haben - noch attraktiver werden.

→ Wir setzen uns für eine für gerechte und vernünftige Finanzierung von Einrichtungen und Vereinen ein, die in der Jugendpflege und in der Jugendarbeit tätig sind. Gerade in Zeiten knapper Kassen ist es wichtig, dass Jugendeinrichtungen - auch und gerade die freien Träger - die Möglichkeit haben, ihr häufig ehrenamtliches Engagement fortzuführen. Hier ist u.a. das **Mädchenzentrum** zu nennen, dass durch die Anstrengung vieler Kräfte in Gladbeck vor der Schließung bewahrt werden konnte und damit auch in Zukunft Ansprechpartner und zentrale Anlaufstelle für Mädchen, vor allem mit Migrationshintergrund, bleibt.

Wir werden uns für ökologische Baustandards in Gladbeck stark machen!

→ **Brauck als Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf** soll vom Landesprojekt „soziale Stadt“, welches bereits im Stadtteil Butendorf zu einer erfolgreichen Aufwertung geführt hat, profitieren. Die Herausbildung eines Gesundheitsschwerpunktes u.a. mit der Ansiedlung eines Reha-Zentrums an der Brauckstraße kann hierbei wichtige Entwicklungsimpulse geben.

→ In Butendorf stehen auch nach Jahren erfolgreicher Stadtteilarbeit weitere Herausforderungen an. So ist die Entwicklung der **„Kleinen Mitte Butendorf“** mit einem Stadtteilplatz nördlich der Wielandstraße ein wichtiges Ziel der kommenden Jahre. Hierzu müssen schnellstmöglich sinnvolle Nachfolgenutzungen für das ehemalige Tacke-Gelände (Möbelparadies) gefunden werden.

→ In Rentfort bietet sich mit dem NRW-Sonderprogramm "Stadtumbau West" die Chance, sich des Hochhauses an der **Schwechater Straße** anzunehmen, das lange Zeit das Stadtteilzentrum wie ein Fremdkörper bestimmt hat. Wir wollen die Ideen des Charette-Verfahrens aufgreifen und zügig ein Stadtteilkonzept für konkrete Umsetzungs-

schritte erarbeiten lassen.

→ Das **Schlachthofgelände** werden wir als innenstadtnahe Entwicklungsfläche in den kommenden Jahren mobilisieren und dem Verfall des Areals entgegenwirken. Die Mischung von Wohnen und Arbeiten ist eine sinnvolle Nachfolgenutzung für den brachliegenden Standort. Der denkmalgeschützte Rote Turm wird als markantes Identifikationszeichen in das Baugebiet integriert.

→ Für den kommunalen Hochbau wollen wir zu Beginn der Legislaturperiode Baustandards festsetzen, mit denen sich die Stadt zur Umsetzung von ästhetischen und ökologischen Kriterien selbst verpflichtet. Hierbei werden wir beispielsweise den Einsatz von Solarkollektoren, eine Energieoptimierung, die über die Einsparverordnung hinausgeht, und die Verwendung von ökologischen Baustoffen festschreiben. Der Runderlass **„Ökologisches Bauen“** des Landes kann hierfür eine Grundlage darstellen.



Wir werden unsere städtischen Straßen zu ansprechenden Alleen umbauen. Der Komfort und die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern stehen dabei im Vordergrund!

Grüne Mobilitätsgarantie für Fußgänger, Radfahrer und Fahrgäste!

→ Den **Umbau unserer städtischen Straßen** zu ansprechenden Alleen werden wir in den kommenden Jahren fortführen. Die südlichen Bauabschnitte der Horster Straße sind bis zur Stadtgrenze Gelsenkirchen als nächstes zu realisieren. Auch die Landstraße und die Marienstraße wollen wir in ihrem Erscheinungsbild aufwerten und sicherer gestalten. Bei allen Maßnahmen stellen wir die Sicherheit und den Komfort von Fußgängern und Radfahrern in den Vordergrund.

→ Der Ausbau der B 244 zur **A 52** stellt uns vor besondere Herausforderungen. In den nächsten Jahren gilt es die Planung des Bundes weiter kritisch zu begleiten. Soweit der Ausbau nicht stadtverträglich erfolgt, werden wir die Autobahnplanung ablehnen. Unverzichtbare

Bedingung ist

u.a. die Überdeckung der zukünftigen Autobahn zwischen Graben- und Schützenstraße. Eine neue Autobahn durch das Landschaftsschutzgebiet Heege zwischen Butendorf und Buer lehnen wir ab.

→ **Kreisverkehre** als städtebaulich attraktive und verkehrlich sinnvolle Alternative zu beampelten Kreuzungen haben sich bewährt. Wir werden daher auch in den kommenden Jahren auf die Umgestaltung von großen, asphaltierten Kreuzungen zu begrünten Kreisverkehren setzen. Schrittweise planen wir u.a. die Umgestaltung von folgenden Knotenpunkten: Feldhausener Straße / Beethovenstraße, Kirchhellener Straße / Josefstraße sowie die endgültige Herstellung des Kreisverkehrs Rockwool Straße / Kampfstraße.

→ Für den **Bahnhof West** wollen wir endgültig Lösungen finden, die einen Ausbau zum attraktiven S-Bahnhaltepunkt ermöglichen. Hierzu gehören Aufzüge oder Rampen, welche den Bahnpendlern einen barrierefreien Zugang sowie einen kurzen und angenehmen Umstieg in



beziehende wollen wir auch weiterhin gewährleisten.

→ Unsere Stadt lebt von dem **ehrenamtlichen Engagement** vieler Bürgerinnen und Bürger, welche sich z.B. in Vereinen und Initiativen im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich einsetzen. Gerade aufgrund der schwierigen finanziellen Lage unserer Stadt werden wir zukünftig immer stärker auf die Unterstützung aus der Bürgerschaft bauen müssen, um die vielfältigen Angebote in diesen Bereichen zu sichern. Dass bereits heute Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich Verantwortung z.B. beim dem Betrieb von Sportstätten übernehmen, verdient unsere Anerkennung. Diese Zusammenarbeit zwischen Stadt und Ehrenamt wollen und müssen wir weiter ausbauen.

→ **Flüchtlinge und Spätaussiedler**, die zu uns in die Stadt kommen und eine langfristige Lebensperspektive suchen, haben das Recht, als gleichberechtigte Partner anerkannt zu werden. Deshalb sprechen wir uns gegen so genannte "Essenspakete" für AsylbewerberInnen aus und haben die von der Verwaltung im letzten Jahr versuchte Einführung solcher "Rationen" erfolgreich

abgewehrt. Derartige Versuche der Bevormundung sprechen Flüchtlingen jegliche Eigenverantwortung im Umgang mit der Hilfe zum Lebensunterhalt ab und sind in ihrer einseitigen Zusammenstellung außerdem dazu angehalten, zu systematischer Fehlernährung und Mangelerscheinungen beizutragen. Im Rahmen der **Städtepartnerschaft mit der chinesischen Stadt Fushun** sprechen wir uns für eine deutliche Haltung gegen Menschenrechtsverletzungen und Todesstrafe in China aus. Die wohlwollende Teilnahme am Hissen der "Tibet-Flagge" vor dem Rathaus reicht hier nicht aus. Die Vertreter der Stadt Gladbeck müssen die rein wirtschaftlichen Kontakte zu der chinesischen Partnerstadt durch einen kritischen Dialog über die Diskriminierung von Gewerkschaftern, Christen und Andersgläubigen in China ergänzen. Die Mitglieder der Delegationen sollen künftig in diesem Sinne ausgewählt werden.

→ Wir setzen uns für die gleichberechtigte Teil-

Wir bauen auch in Zukunft auf das ehrenamtliche Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger.



*Wir wollen allen
Bürgerinnen und
Bürgern die
Teilnahme am
öffentlichen Leben
ermöglichen.*



Soziale Gerechtigkeit und Gesundheit gewährleisten

→ Die Gladbeck-Card, die auf grüne Initiative nach langem Ringen endlich eingeführt werden konnte, ermöglicht auch Bürgerinnen und Bürgern mit geringem Einkommen die **Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben**. Gladbecker, denen zu 80 % eine Behinderung zuerkannt ist, die Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen oder die Bewohner von Alten- und Pflegeheimen sind, erhalten eine 50-prozentige Ermäßigung auf die Jahresgebühr der Stadtbücherei, den Besuch von Volkshochschulkursen und den Besuch der Bäder der Stadt Gladbeck.

Auch das Halten eines Hundes kostet mit Gladbeck-Card nur halb so viel. In den kommenden Jahren werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass Menschen mit geringem Einkommen die finanzielle Möglichkeit haben, sich weiterzubilden, Sport zu treiben oder kulturelle Veranstaltungen der Stadt Gladbeck besuchen zu können. Hierbei sind auch die Fernmaßnahmen für Kinder und Jugendliche weiter zu unterstützen, da nicht alle Eltern das Geld für Erholung und Freizeit im Grünen haben.

→ Bei der bevorstehenden **Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe** am 01.01.2005 ist insbesondere auf die Bedürfnisse von Alleinerziehenden oder von Gewalt betroffenen Frauen zu achten. Deshalb wollen wir, **dass kommunale Ermessensspielräume** genutzt werden und Hilfebedürftige in der Lage bleiben, ihre Miete, die Stromkosten und den Lebensunterhalt zu finanzieren. Zusätzlichen Belastungen für die LeistungsempfängerInnen durch die Pauschalierung der Unterkunftskosten muss vorgebeugt werden. Alle Sozialhilfebeziehenden sollen einen Vorrang selbst gewählter Verdienstmöglichkeiten vor gemeinnütziger Arbeit genießen. Darüber hinaus sprechen wir uns dafür aus, dass die Beratungsinfrastruktur für Frauen an den zukünftigen örtlichen Arbeitsgemeinschaften beteiligt wird. Bei von Gewalt betroffenen Frauen soll auch weiterhin die Übernahme der Mietschulden sowie der tatsächlichen Unterkunftskosten bei Nutzung der Wohnungszuweisung nach dem Gewaltschutzgesetz möglich sein. Die Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Kinderbetreuungsangeboten für Leistungs-

die Busse ermöglichen. Die Bahnsteige müssen angehoben und mit modernen Wartehallen ausgestattet werden. Für eine zeitnahe Umsetzung ziehen wir auch eine Kommunalisierung unserer Bahnhöfe in Betracht.

→ Den **Bahnhof Ost** wollen wir zum Busbahnhof verlegen und ihm damit räumlich die Bedeutung eines Innenstadtbahnhofs einräumen. Für den **Bahnhof Zweckel** sind behindertengerechte Zugänge und ein barrierefreier Einstieg in die Züge sicherzustellen

→ Zusammen mit unseren Partnern in der Emscher-Lippe-Region werden wir eine **attraktivere Bedienung unserer Schienenstrecken** einfordern. Hierzu gehören zum einen beschleunigte Verbindungen auf der Regionalbahnstrecke 43 in Richtung Dortmund, Gelsenkirchen und Bochum (z.B. durch den Einsatz von sog. Flügelzügen). Zum anderen sind auf der Hauptstrecke nach Bottrop, Essen und Oberhausen dichtere und verlässliche Takte durch die Beseitigung von Engstellen umzusetzen. Aber auch in Richtung Norden werden wir uns für eine Durchbindung der Zuganbindung bis in die Niederlande bzw. das

Münsterland einsetzen.

→ Das städtische Buslinienangebot wollen wir sichern und Schwachstellen ausräumen. Ziel muss eine **effiziente Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs** sein. Einsparungen der vergangenen Jahre wurden bisher mit erheblichen Fahrgastrückgängen erkaufte, so dass sich die Kosten pro Fahrgast eher erhöht haben. Das vorhandene Busangebot werden wir als Mobilitätsgarantie für die Gladbecker Bevölkerung gegenüber unberechtigten Kürzungsbestrebungen verteidigen. Eine stärkere Zusammenarbeit der Verkehrsbetriebe und mehr Wettbewerb sind unerlässlich.

→ In der **Radverkehrsförderung** wurden in Gladbeck seit der Teilnahme an dem Modellvorhaben „Fahrradfreundliche Stadt“ vorbildliche Erfolge erzielt. Gladbeck verfügt über ein dichtes und attraktives Netz an Radwegen und Routen. Hier gilt es lediglich noch vorhandene Lücken zu schließen. Teilweise lässt sich dies



*Wir werden uns für
einen barrierefreien
Ausbau unserer
Bahnhöfe einsetzen.*

Wir setzen uns für breite Fußwege ein!



unproblematisch durch Fahrbahnmarkierungen vornehmen. So fordern wir entlang der Kirchhellener Straße die Markierung von Schutzstreifen, so dass der Radler sicher und zügig mit dem Kraftverkehr fließen kann. An der Feldhausener Straße wollen wir kurzfristig einen Radfahrstreifen als Ersatz für den schmalen Weg entlang der Bahntrasse markieren. Mängel bestehen hauptsächlich noch punktuell: So sind **Ampelschaltungen** häufig nachteilig für Radfahrer geschaltet, Kreuzungen nur umständlich passierbar oder Bordsteine in Einzelfällen schlecht abgesenkt. Diese Kritikpunkte wollen wir in den kommenden Jahren endgültig ausräumen.

→ Fußgänger werden aufgrund der stetig wachsenden Bedürfnisse anderer Verkehrsteilnehmer immer weiter an den Rand gedrängt und müssen sich mit den übrig bleibenden Restflächen begnügen. Diese zunehmende Benachteiligung bekommen besonders ältere Menschen, Familien und Kinder sowie behinderte Bürgerinnen und Bürger zu spüren. Wir setzen uns daher **für breite Fußwege** ein, auf denen man unbeschwert nebeneinander gehen kann. Gehwegparken (wie

z.B. in der Mittelstraße) wollen wir unterbinden. Behinderungen und Benachteiligungen an Kreuzungen (insbesondere an Ampeln) wollen wir beseitigen. Im Bereich von **Baustellen** müssen Fußgängern und Radfahrern immer ausreichend breite Alternativen angeboten werden. Schilder wie „Fußgänger andere Straßenseite benutzen“ und „Radfahrer bitte absteigen“ werden wir aus dem Sortiment des Bauhofes streichen!

→ Die Sicherheit auf unseren Straßen genießt für uns auch in Zukunft Priorität. Wir setzen uns für **sichere Schulwege und ein sicheres Wohnumfeld** ein. Geschwindigkeitsreduzierungen durch Ausweisung von Tempo-30-Zonen und Spielstraßen (verkehrsberuhigte Bereiche) sind effektive Maßnahmen, um vermeintlich schwächere Verkehrsteilnehmer zu schützen. Diese Gebote gilt es aber auch zu überwachen. Zur Sicherung von Querungsstellen wollen wir verstärkt Zebrastreifen (Fußgängerüberwege) einsetzen. Mittelinseln, Engstellen, Aufpflasterungen und ähnliche Maßnahmen halten wir ebenfalls für geeignet, um Unfälle zu vermeiden und die Sicherheit zu erhöhen.

wirtschaftlich interessant. Die Stadt soll dabei dem Bürgerprojekt kommunale Dächer für Solaranlagen zur Verfügung stellen.

Die „Greenplease“ als pdf-Newsletter

Lassen Sie sich mit unserem ansprechenden pdf-Newsletter regelmäßig über aktuelle Themen in unserer Stadt informieren. Sie können den elektronischen Infobrief kostenlos und unverbindlich auf unserer Internetseite abonnieren:

www.gruene-gladbeck.de

→ Wir werden uns für die Erneuerung der **Heizanlagen** in Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden (z.B. auch Schloss Wittringen) einsetzen. Hierbei wollen wir auch die Verwendung von

modernen Holzheizungen (Holzschnitzel- oder Holzpelletanlagen) prüfen lassen.

→ Wir wollen schrittweise den städtischen Fuhrpark auf **alternative Kraftstoffe** umstellen. Hierbei ist Erdgas genauso denkbar wie der Betrieb mit Pflanzenöl. Mit dem Einsatz von Pflanzenöl machen wir unsere Landwirte zu Energieurten: CO2-neutral, sauber und in der Region gewachsen! Eine ähnliche Umstellung werden wir für die Busflotte der Vestischen einfordern.

→ Gemeinsam mit unseren Nachbarn in der Emscher-Lippe-Region wollen wir ein regionales **Netzwerk Zukunftsenergien** aufbauen und damit zentrale Akteure wie Handwerker, Banken und Verbände zusammenführen. Auch beim Thema Zukunftsinitiativen wollen wir den Wissensaustausch mit unseren Partnerstädten fördern und unterstützen.

Wir wollen Bürger-solarprojekten kommunale Dächer für Photovoltaik-anlagen anbieten!



Wir werden monatliche Verbrauchskontrollen einführen und Energielecks aufspüren.



Mit Energie wirtschaften!

→ Wir wollen ein effektives Energiecontrolling in allen öffentlichen Bauten mit dem Ziel einführen, den Energieverbrauch deutlich zu senken und damit den Haushalt von Verbrauchskosten zu entlasten. Hierzu werden wir **internes oder externes Energie-Contracting** einführen, womit Energiesparen für Dienststellen oder Dienstleister wirtschaftlich interessant wird. Ggf. werden wir einen Energiefachwirt innerhalb der Verwaltung mit diesen Einsparpotenzialen betreuen.

→ Wir werden **monatliche Verbrauchskontrollen** einführen, um Energielecks schneller aufzuspüren und Potenziale zur Energieeinsparung aufzuzeigen. Dies gilt selbstverständlich auch für den Wasserverbrauch. Hierfür wollen wir **Hausmeister weiter schulen** und stärkeres Bewusstsein für die Notwendigkeit von Verbrauchskontrollen schaffen. Auch die übrigen Verwaltungsmitarbeiter sind durch geeignete Ansprachen und Schulungen für einen verantwortungsbewussten Energie-

verbrauch zu sensibilisieren. Die erfolgreichen **Energieprojekte an den Schulen** werden wir fortführen.

→ Trotz der angespannten Haushaltslage wollen wir die kommunalen **Zuschüsse zur Solarenergienutzung** sichern. Außerdem soll die Stadt Gladbeck an der Solarenergie-Liga teilnehmen und damit Verwaltung, Initiativen und Bürgerinnen und Bürger motiviert werden, Sonnenkollektoren zur Energiegewinnung zu nutzen.

→ Bei Neubauvorhaben sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich sowie bei der Planung von Neubaugebieten setzen wir uns für **energiesparendes Bauen** ein. Bauplanungspläne sind auf ihre Energieeffizienz zu überprüfen. Hierüber soll zukünftig der Umweltausschuss beraten. Das Passivhaus muss auch in Gladbeck Referenzbau werden.

→ Wir wollen uns für ein **Bürgersolarprojekt** in Gladbeck einsetzen und damit die Verbreitung von Photovoltaikanlagen fördern. Die Einspeisevergütungen macht Bürgersolarprojekte für Anleger auch

Umwelt und Tiere schützen – Verbraucherrechte stärken

→ Gemäß der Gesetzeslage wollen wir Eingriffe in Natur und Landschaft vermeiden und minimieren. Nicht vermeidbare Eingriffe werden wir vollständig ausgleichen. Die Anwendung dieser **Ausgleichsregelungen** muss deutlich transparenter gestaltet werden. Hierfür halten wir es für erforderlich, die Ausgleichsbilanzierung und die Bauleitplanung organisatorisch zu trennen. Nachdem das Umweltrecht mit dem Europaanpassungsgesetz Bau im Juli gestärkt wurde, setzen wir uns dafür ein, dass der Umweltausschuss zukünftig über alle Eingriffe und über deren Kompensierung berät.

→ Zur Vereinfachung und zur effizienteren Umsetzung der Ausgleichsregelungen ist das **Ökokonto** spätestens im kommenden Jahr einzuführen. Die Anwendung des Ökokontos muss kontrolliert werden, um nachhaltig zu vermeiden, dass sich Bauherren und Investoren nicht von Naturschutz freikaufen, anstatt im Vorfeld Maßnahmen zu ergreifen, die Eingriffe reduzieren oder gar vermeiden. Durchgeführte Ausgleichsmaßnahmen

werden wir beobachten und regelmäßige Berichte einfordern.

→ Die Zusammenarbeit mit Verbänden und Ehrenämtern im Naturschutz ist wichtig und unverzichtbar. Es ist für uns untragbar, dass **Umweltverbände** in der Vergangenheit in Bauleitverfahren nicht mehr als Träger öffentlicher Belange behandelt und somit nicht offiziell beteiligt werden. Wir werden uns hier für verbindliche Regelungen einsetzen, um unabhängigen Sachverständigen einzubeziehen.

→ In einer kompakten und dicht besiedelten Stadt wie Gladbeck verdient der Freiraum besonderen Schutz. Unsere **Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und Grünzüge** wollen wir pflegen und ausbauen. Die Kommunikation mit dem Kreis als Aufgabenträger muss verbessert und die Umsetzung der mit dem Landschaftsplan beschlossenen Pflegemaßnahmen stärker kontrolliert werden.

Umweltingriffe müssen vollständig ausgeglichen werden. Die Ausgleichsmaßnahmen wollen wir stärker kontrollieren.



Wir wollen einen rückhaltlosen Tier- und Verbraucherschutz für Gladbeck und setzen und für ökologische Lebensmittel und artgerechte Tierhaltung ein.

→ Grünzüge wollen wir weiter vernetzen und als belebende Elemente in die Siedlungsräume führen. Eine zentrale Maßnahme stellt hierbei das Projekt „Grüner Ring Gladbeck“ im Rahmen des Masterplanes Emscher-Landschaftspark dar.

→ Der ökologische **Umbau unserer Bach- und Wasserläufe** stellt uns in den kommenden Jahren vor besondere Herausforderungen. Gemeinsam mit der Emscher Genossenschaft wollen wir die offenen Abwasserkanäle wieder zu naturnahen Bächen umgestalten. Dabei wird nicht nur der ökologische Anspruch, sondern auch der Erholungswert der Wasserläufe für die Bevölkerung von Bedeutung sein.

→ **Dachbegrünungen** binden Niederschlagswasser und wirken sich positiv auf das Mikroklima aus. Da grüne Dächer auch das Stadtbild ästhetisch bereichern und ganz im Sinne des Gartenstadtcharakters sind, werden wir uns weiter für eine stärkere Verankerung des Grün-

dachs im Bauleitverfahren und Baugenehmigungsverfahren einsetzen. Gleiches gilt für **Fassadenbegrünungen**, die insbesondere entlang von Hauptverkehrsstraßen geeignet sind, Schad- und Schwebstoffe zu binden und Lärm zu dämpfen. Um das Gründach in Gladbeck zu etablieren, wollen wir lokale Allianzen mit der Wirtschaft (z.B. mit Rockwool als Gründachanbieter) und größeren Wohnbauträgern (z.B. Viterra, GWG) schließen.

→ Wir wollen einen rückhaltlosen Tier- und Verbraucherschutz für Gladbeck. Deshalb setzen wir uns für **ökologische Lebensmittel und tiergerechte Haltung** in der Landwirtschaft ein. Vier von fünf Bürgern sind gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Lebensmitteln. Deshalb wollen wir, dass die Stadt Gladbeck eine Verpachtung kommunaler Flächen an Landwirte kündigt an die Bedingung knüpft, kein gentechnisch verändertes Saatgut anzupflanzen.

→ Immer neue Nachrichten über BSE, erhöhte Pestizid-Werte und andere Verunreinigungen wie Pflanzenschutzmittel in Lebensmitteln verunsichern den Verbraucher. Für Gladbeck führt hierbei der Kreis Recklinghausen regel-



Wir wollen FSC-Produzent werden und mit Holz unter sozialen und ökologischen Vorgaben wirtschaften!

mäßig Lebensmittelkontrollen in Betrieben durch. Die Auskünfte sind für den einzelnen Bürger jedoch gebührenpflichtig. Aus diesem Grunde fordern wir **eine offensivere Informationspolitik des Kreises für die Verbraucher** in Gladbeck ein: Die Behörden sollen verpflichtet werden, Lebensmittelverstöße sofort zu veröffentlichen!

→ Auch in Gladbeck kann man etwas gegen Massentierhaltung tun: Als der Geflügelhof Oesterdiekhoff auf **Freilandhaltung** umstellen wollte, mangelte es ihm an seinem alten Standplatz in Rentfort-Nord an dem dafür nötigen Raum. Wir unterstützten über unser GWG-Aufsichtsratsmitglied den Ankauf des Grundstückes durch die stadteigene Gesellschaft, um die Umstellung zu beschleunigen. Mittlerweile ist es dem Verbraucher möglich, sich mittels einer Nummer auf dem Ei gegen Käfigeier zu entscheiden - und gerade zu Ostern setzen sich die Grünen in einer öffentlichen Kampagne dafür ein: "Kein Ei mit der 3 - aus Käfighaltung!" Für Bürgerinnen und Bürger stellen wir regelmäßig Informationen über das zunehmende Angebot an Lebensmitteln aus ökologischer und tiergerechter

Landwirtschaft in Gladbecker Verbrauchermärkten zusammen. Anbieter, die sich durch das Angebot an Waren aus fairem und gerechtem Handel sowie **ökologische Produkte** auszeichnen, sollten bei Lebensmittellieferungen an die Stadt - wie z. B. Empfängen und offiziellen Veranstaltungen - bevorzugt werden.

→ Die Holzbeschaffung der Verwaltung wurde aufgrund unseres Antrages bereits an ökologische und soziale Faktoren geknüpft. Bindend ist das **FSC-Siegel**. Wir werden weiterhin kontrollieren, dass sich die Verwaltung an bestehende Beschlüsse hält. Vereinzelt vorhandene Widerstände werden wir abbauen. Wir wollen aber nicht nur FSC-Käufer sein, sondern auch FSC-Produzent werden. Für die kommunalen Wälder werden wir uns für einen Beitritt in die FSC-Gemeinschaft einsetzen. Die verbindliche Einhaltung ökologischer und sozialer Standards gilt es auch bei anderen Verwaltungsverkäufen zu prüfen, so z.B. bei der Arbeitsbekleidung (Ordnungsamt, Bauhof etc.).

